

Schweiz

**ÖV-Preise.** Die Preise für das GA und andere Billette im öffentlichen Verkehr steigen 2017 weniger stark an als ursprünglich angekündigt. **Seite 4**

International

**Verdächtiger gefasst.** Ein Amerikaner mit afghanischen Wurzeln, der in die Bombenanschläge in New York verwickelt sein soll, ist in Haft. **Seite 8**

Wirtschaft

**Angebot von Oviess.** Der Schweizer Modekonzern Charles Vögele wird nach Italien verkauft. Er steckt seit Jahren in einer schweren Krise. **Seite 9**

Kultur

**Halbdunkle Korridore.** «Die Toten», der neue Roman von Christian Kracht, gleitet an Oberflächen entlang und glänzt nur gelegentlich. **Seite 15**

Basel

**Billettverkauf.** Die SBB heben ihre Schalter in Muttenz und Gelterkinden auf. Das kommt schlecht an. **Seite 21**

**Comeback.** Alte Hasen und Ehemalige aus verschiedenen Parteien drängen wieder in den Grossen Rat. **Seite 23**

Sport

**Ausstieg.** Die Gebrüder Rihs wollen YB verkaufen – am liebsten wäre ihnen ein Berner Nachfolger. **Seite 40**

**Kein Abstieg.** Die Schweizer Davis-Cup-Equipe bleibt in der Weltgruppe – wie geht es nun weiter? **Seite 37**

Mobil



**Elegant und praktisch.** Das T-Modell der E-Klasse von Mercedes-Benz hat einen riesigen Kofferraum. **Seite 33**

Wetter

**Region.** Der Tag verläuft wechselnd bewölkt mit sonnigen Abschnitten. Es bleibt weitgehend trocken. Die Temperaturen: am Morgen 12 Grad, am Nachmittag 18 bis 19 Grad. **Seite 36**



Der grosse Vorsitzende geht

Britische EU-Gegner nehmen Abschied von Nigel Farage

**Bournemouth.** Wohl selten in der jüngeren Geschichte Grossbritanniens ist ein Politiker derart frenetisch gefeiert worden wie Nigel Farage am vergangenen Wochenende. Die Unabhängigkeitspartei (Ukip) hatte zu ihrem ersten Parteitag nach dem Referendum über Grossbritanniens Mitgliedschaft in der EU ins südinglische Seebad Bournemouth eingeladen. Farage, der seinen Parteikollegen als eigentlicher Urheber des Triumphs gilt, wurde als Parteichef mit stehenden Ovationen verabschiedet. Eine Delegierte verglich ihn gar mit dem heiligen Georg und König Artus. Farages Nachfolgerin Diane James vermochte weit weniger Begeisterung zu entfachen. An ihr wird es nun liegen, die Rolle der Partei neu zu interpretieren, nachdem diese ihr selbstklärtes Ziel erreicht hat. **hjm Seite 2**

Personenfreizügigkeit nicht nötig

Aussenpolitiker und Bundestagsabgeordneter Norbert Röttgen fordert Umdenken in EU

Von D. Feusi und B. Neff, Berlin

Die Personenfreizügigkeit sei für den europäischen Binnenmarkt nicht unbedingt nötig. Das schrieben vor zwei Wochen eine Reihe von hochrangigen Aussenpolitikern, darunter ein Berater des französischen Präsidenten François Hollande und der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, also der aussenpolitischen Kommission, des Deutschen Bundestages, Norbert Röttgen (CDU). Stattdessen soll es eine «Kontinentale Partnerschaft» geben, mit der Nicht-Mitglieder der EU am Binnenmarkt teilhaben können, ohne dass sie die Personenfreizügigkeit akzeptieren

müssen. Bislang hat das Papier wenig Staub aufgewirbelt, ausser in der Schweiz und Grossbritannien, jenen beiden Ländern, die mit der Personenfreizügigkeit ein Problem haben. Dies ist erstaunlich, stellt die Forderung doch ein «Dogma» der EU infrage. Ein Dogma, von dem Mitverfasser Norbert Röttgen im Interview mit der BaZ sagt, es führe die EU in die Sackgasse.

«EU muss flexibler werden»

Für den obersten Aussenpolitiker im deutschen Parlament kann die EU nach dem Austritt Grossbritanniens nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Die EU müsse unbedingt «flexibler wer-

den», um ihre «schwerste Krise» seit den ersten Verträgen in den Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts zu überwinden. Das von ihm entworfene Modell der Zusammenarbeit in Europa will er ausdrücklich auch als Einladung an die Schweiz verstanden wissen.

Was er für die vier bestehenden Grundfreiheiten fordert, sieht er auch für die anderen EU-Regulierungen vor: die Unterscheidung zwischen den für das Funktionieren des Marktes nötigen Regeln und Normen der EU und den politisch bedingten Regulierungen.

Die Ablehnung des Vorschlages durch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und EU-Parlaments-

präsident Martin Schulz erachtet er als «technokratisch-taktische Herangehensweise» der EU-Administration, die er für «unzureichend» erklärt.

Während der Verhandlungen mit den Briten werde der «Realitätssinn» wachsen. Wenn die EU sich daran mache, ihr Verhältnis mit Staaten zu klären, die ausserhalb stünden, könne sie von diesen nicht verlangen, dass sie das politische Projekt teilen, sagt Röttgen. Den Zugang für Grossbritannien und die Schweiz zum EU-Binnenmarkt bei gleichzeitiger Wahrung der politischen Souveränität hält Röttgen für «möglich und sogar nötig für Europa». **Seite 3**

Den Stand der Beziehungen erörtert



**Treffen Juncker–Schneider-Ammann ohne Ergebnis.** Bundespräsident Johann Schneider-Ammann (r.) und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker haben bei ihrem gestrigen Treffen in Zürich keinen Durchbruch bei der Personenfreizügigkeit erzielt. Schneider-Ammann bekräftigte lediglich, dass die Dossiers Zuwanderung und Rahmenabkommen nicht verknüpft werden sollen. Die Schweiz und die EU wollten einen regelmässigen Austausch aufrechterhalten. Es sei zudem im Interesse beider Seiten, den erfolgreichen bilateralen Weg zu sichern, sagte er. SDA Foto Keystone **Seite 5**

Die Schützen sind unzufrieden

Sommaruga nimmt Stellung zu schärferem EU-Waffenrecht

**Bern.** Im Rahmen von Schengen und unter dem Titel der Terrorismusbekämpfung will die EU das Waffenrecht massiv verschärfen. Vorgesehen sind unter anderem regelmässige psychologische Tests, die auch für Schweizer Waffenbesitzer gelten würden. «Welche Haltung nimmt Frau Bundesrätin Sommaruga zu den Forderungen der EU-Kommission ein?» Dies wollte SVP-Nationalrat Werner Salzmann gestern im Nationalrat in Erfahrung bringen. CVP-Nationalrat Jakob Büchler wollte wissen, ob die vereinbarte Niederschrift der Schweiz weiterhin gelte, wie sie im bisherigen Waffenrecht enthalten sei. Diese Niederschrift sollte über die Jahre Verschärfungen im Schweizer Waffengesetz verhindern. Die Stellungnahme Sommarugas erzürnte die Fragesteller, da sie sehr pauschal ausfiel. **bg Seite 4**

FCB verdrängt Christen

Keine Nacht des Glaubens wegen Meisterfeier

Von Daniel Wahl

**Basel.** Barfi, Münsterplatz, Theaterplatz – seit zwei Jahren sind die öffentlichen Plätze «vorreserviert» für die Wiederholung der «Nacht des Glaubens» am 2. Juni 2017. Vor drei Jahren lockte dieses Festival für Kunst und Kirche 15 000 Interessierte in die Innenstadt. Nach unzähligen Sitzungen mit den Verantwortlichen von Basel-Stadt, der Allmendverwaltung, dem Kulturchef, den Sicherheitsbehörden und nachdem der Flyer gedruckt und Verträge mit Künstlern und Musikern unterzeichnet sind, macht der FCB dem kirchlichen Grossevent einen Strich durch die Rechnung. Das Finalspiel ist ebenso auf den 2. Juni 2017 angesetzt worden, was eine Meisterfeier auf dem längst reservierten Barfi bedeutet. Nachdem Organisatoren der «Nacht des Glaubens II» den entstandenen

Terminkonflikt bemerkten und bei der Kantonsverwaltung vorsprachen, haben die Behörden die Ampeln umgehend auf Rotblau geschaltet: Eine Bewilligung könne man vergessen, soll sich der Basler Kulturchef Philippe Bischof gegenüber den Projektverantwortlichen geäussert haben. Und die Basler Allmendverwaltung sprach von einer Bewilligung, die man höchstens für den Münsterplatz und dort auch allenfalls nur bis 23 Uhr aussprechen könne.

Der Event musste in dieser Form abgesagt werden. Nach Schätzungen der Veranstalter geht der Schaden über 100 000 Franken hinaus. Es ist nicht das erste Mal, dass der Fussballgott seinen Platz in Basel dem Fussballgott räumen muss. Bereits in diesem Jahr hätte die Nacht des Glaubens am Freitag, 13. Mai, stattfinden sollen. Man geriet in organisatorische Probleme wegen des Europa-League-Finals. **Seite 23**

Schulrat fordert Handschlag ein

Strafe für Therwiler Verweigerer

Von Joël Hoffmann

**Liestal.** Gestern wurde bekannt, wie die Handschlagverweigerer an der Schule Therwil bestraft werden. Monica Gschwinds Bildungsdirektion teilte mit, dass der Handschlag «ohne Wenn und Aber» durchgesetzt werde. Die Behörden haben die Schüler, die den Lehrerinnen den Handschlag verweigern, zu Sozialeinsätzen verknurrt. Dagegen gingen die Eltern mit einer Beschwerde vor. Diese hat der Schulrat letzten Mittwoch abgelehnt.

Gschwind, die sich in den letzten Monaten viel Kritik hat anhören müssen, fühlt sich durch den Entscheid bestätigt: «Den Lehrpersonen die Hand zu reichen, ist nicht nur ein Gebot des Anstands, es ist tief in unserer Gesellschaft und Kultur verwurzelt. Ich bin erfreut, dass der Schulrat der Sekundarschule Therwil dies ebenfalls so sieht», sagt Gschwind. Die Öffentlichkeit jedoch hat die Regierungsrätin nicht über die erfolgten Massnahmen informiert, sondern seit Monaten auf das laufende Verfahren verwiesen. Dadurch entstand der Eindruck, dass die Behörden zaudern.

Noch laufe zwar die zehntägige Beschwerdefrist, doch im Falle einer Beschwerde dürften die Eltern wohl wieder verlieren: Die nächste Instanz ist der Regierungsrat. Gschwind teilt mit, dass sie sich auch im Regierungsgremium für die Bestrafung der Handschlagverweigerer einsetzen werde. Gschwind will nun auch rechtlich Klarheit schaffen und eine Gesetzesanpassung bereits im November in die Vernehmlassung schicken. **Seite 29**

Unterstützung für Wessels

Linke Politiker sehen keinen Anlass für Kritik an Tramlinie 3

**Basel.** Politikerinnen und Politiker aus dem linken Lager sehen keinen Anlass, die Streckenverlängerung der Tramlinie 3 nach St-Louis zu kritisieren. Für sie wurde der vertrauliche BVB-Bericht falsch interpretiert. Es bestehe zwischen dem Verkehrsunternehmen und dem Bau- und Verkehrsdepartement «ein Klima des gegenseitigen Vertrauens», schreiben die BVB. Für SP-Verkehrspolitikern Jörg Vitelli ist es normal, dass die Betriebsbewilligung erst nach dem Bau der Strecke erfolge. Er sagt aber auch, dass er im Rahmen seiner Interpellation bezüglich Tarifabklärungen mit den französischen Vertragspartnern «keine klare Antwort» bekommen habe. Das Bau- und Verkehrsdepartement bekräftigt die Aussage, dass es die Betriebsbewilligung erhalten werde. **hws Seite 21**